Nr. 331 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 28

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, sowie zahlbar Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 18,— Mk., für das übrige Ausland bei täglich zweimal. Zustellung 21,50 Mk. Bestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Nonpareillezeile kostet 8.— Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— Mk. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 45 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für abonnierte Zeile 2,— Mk., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 2. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der Finanzminister über Steuerabzug.

Im Steuerausschuß des Reichstages gab heute bei der Beratung der Anträge über Aufhebung des Steuerabzuges vom Lohn und Gehalt der Reichsfinanzminister Wirth eine Erklärung ab, in der es heißt:

Das Finanzministerium hat durch Erlaß der bisherigen Bestimmungen lediglich die Vorschriften der §§ 58 ff. des Reichseinkommensteuergesetzes ausgeführt, die das Prinzip der Erhebung der Steuern an der Quelle enthalten. Trotzdem alle Mängel dieses Prinzips von dem Steuerausschuß der Nationalversammlung erkannt worden sind, hat man sich doch zum Erlaß dieser Vorschriften entschlossen. Von diesem wohlgeprüften Entschluß werden Sie auch wohl jetzt nicht zurückgehen können, denn das Reich würde einen Steuerausfall von solcher Größe nicht ertragen können. Wenn Sie trotzdem angesichts der furchtbaren Finanzlage des Reiches den Beschluß durchbrechen, würde mit einer Steuersabotage in außerordentlichem Umfange zu rechnen sein. Die Steuersabotage im gegenwärtigen Augenblick würde aber das Chaos bedeuten. Das wichtigste aber ist, daß der Hauptleidtragende gegenwärtig nicht so sehr das Reich als die Länder und die Gemeinden sein würden. Ich weise darauf hin, daß durch Verordnung bereits der Abzug vom Naturallohn einstweilen ausgesetzt ist, und daß angeordnet ist, daß wenn die Einschätzung eine geringere Steuerveranlagung ergeben sollte, die Rückzahlung der zuviel gezahlten Beträge sofort erfolgen muß. Ich glaube aber, daß die Zahl dieser Fälle viel zu hoch eingeschätzt wird.

Der Minister erklärte, daß die jetzige Bewegung gegen den Steuerabzug im wesentlichen auf Mißverständnissen und auf Verkennung ihrer ungeheuren Tragweite im gegenwärtigen Augenblick beruhe. Er schloß mit der dringenden Aufforderung an alle führenden Personen, für Aufklärung und Beruhigung zu sorgen, damit das Reich nicht in Gefahr gerate. Der Ausschuß wird die Beratung am Sonnabend fortsetzen; Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Auf dem Wege nach Spa.

Paris, 1. Juli. Die französische Delegation unter Führung des Ministerpräsidenten Millerand ist heute nachmittag im Sonderzug nach Brüssel abgereist. Im gleichen Zuge reiste auch der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Graf Sforza. Wie der Sonderberichterstatter des „Temps" aus Brüssel meldet, setzt sich die britische Delegation für Brüssel und Spa aus 120 Personen zusammen, die französische Delegation umfaßt 65 Personen, die japanische 15 und die italienische und die belgische je zehn. Auch der britische Oberkommissar für Danzig, Sir Reginald Tower, wird in Spa anwesend sein.

Ueber die Art der Verhandlungen und den Beratungsstoff liegen eine Reihe von Mitteilungen vor, die wahrscheinlich nicht alle verbürgte Wahrheit sind, aber doch des Interesses nicht entbehren. Nach dem „Journal des Debats" nimmt man in alliierten Kreisen an, daß die deutsche Delegation eine Reihe von Einzel- und Gesamtvorschlägen unterbreiten werde. Die „Chicago Tribune" will wissen, daß als erste Maßnahme in Spa eine radikale Durchsicht des Vertrages geprüft werden wird. In Paris sind sogar Gerüchte im Umlauf, nach denen Deutschland seine jetzige Truppenstärke belassen werden soll. Amerika soll angeblich bereit sein, einer Revision der finanziellen Bestimmungen des Friedensvertrages zuzustimmen, da die amerikanischen Sachverständigen die Durchführung dieser Bestimmungen für unmöglich erklären. Der eventuellen Revision des deutschen Friedensvertrages sei folgende Basis gegeben worden: Es müsse eine bestimmte Grenze festgelegt werden, bis zu welcher Deutschland Zugeständnisse gemacht werden sollen. Die territorialen Bestimmungen des Vertrages dürfen nicht verändert werden. Man darf die Machtmittel zur Erfüllung der Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht aus der Hand geben. Nach den bisherigen amtlichen Verlautbarungen der alliierten Regierungen klingt diese Lesart nicht sehr wahrscheinlich. Einleuchtender ist dagegen, wenn man aus der Teilnahme hervorragender Ententevertreter aus den besetzten und Abstimmungsgebieten an der Konferenz auf eine bedeutende Erweiterung des Fragenkomplexes schließen will. Erwähnt sei noch, daß Bonar Law im Unterhaus die Möglichkeit einer Wiederaufrollung der Kaiser- und Auslieferungsfrage offen ließ. Gerade diese Frage ist in den letzten Tagen immer wieder der Gegenstand kleiner Anfragen gewesen, und es war für Regierungsvertreter nicht leicht, sich dem Spott und der Neugierde der Abgeordneten zu entziehen.

Einen sehr unangenehmen Eindruck muß es machen, wenn der deutsche Berichterstatter des „Matin", Jules Sauerwein, die Konferenz von Spa mit einem Artikel begrüßt, in dem er schon heute eine Machtprobe der französischen Regierung ankündigt. „Wenn Deutschland weiter vor seinen Verpflichtungen die Augen verschließt", so schreibt er, und was er unter Verpflichtungen versteht, ist ja bei seiner Einstellung nicht zweifelhaft, so wird aus Spa eine Machtpolitik hervorgehen und Frankreich wird sich durch andere Mittel ohne Deutschland, trotz Deutschland, ja gegen Deutschland erheben. Wir wollen, daß die Deutschen 1. den Friedensvertrag erfüllen, d. h. daß sie abrüsten und uns Kohlen liefern, 2. daß sie formelle finanzielle Verpflichtungen unterschreiben. — — — Wenn es ablehnt und keine annehmbaren Vorschläge macht, so bleibt Frankreich, Belgien und den anderen zerstörten Ländern nichts anderes übrig, als sich eben selbst bezahlt zu machen, das heißt, um die Dinge beim richtigen Namen zu nennen, die Ausbeutung der Kohlen- und Industriereichtümer des Ruhrgebietes zu unseren Gunsten." Und um ja keinen Zweifel an seinem diktatorischen Willen aufkommen zu lassen, betont er am Schluß verschleiert, daß man nicht davor zurückschrecken werde, „bis zur Besetzung jener deutschen Gebietsteile" zu gehen. Sauerwein ist nicht die französische Regierung und der „Matin" nicht das französische Volk. Man braucht aber die Ausführungen des betreffenden Organs nicht für, wenig zu nehmen. Immerhin — daß sie verstimmend wirken, läßt sich nicht vermeiden.

Von der Seemannskonferenz.

Genua, 1. Juli. Auf der Internationalen Seemannskonferenz teilten die Vertreter der Reeder von Dänemark, Schweden und Norwegen mit, die Achtundvierzigstundenwoche sei für die Frage der Arbeitsdauer auf See für sie unannehmbar. Die Kommission für die Festsetzung der Arbeitszeit konnte sich dieser Ansicht nicht anschließen. Die englischen Vertreter der Arbeitnehmer stellten fest, daß sich die Vertreter ihrer Regierung und der englischen Reeder in der Opposition befänden. Die Arbeitervertreter wunderten sich über diesen Widerstand und erklärten, unter diesen Umständen sei eine weitere Verhandlung zwecklos. Havelock Wilson, der Vertreter der englischen Seeleute, erklärte den Vertretern der Reeder, wenn es in Genua in dieser Frage zu keiner Einigung komme, so würden die englischen Seeleute zur Waffe des Streiks greifen.

Aufgehobener Belagerungszustand.

Würzburg, 2. Juli. (TU.) Gestern wurde der Belagerungszustand wieder aufgehoben. Acht Rädelsführer bei den Unruhen, welche hauptsächlich das Plündern von Läden verursachten, wurden verhaftet und werden wegen Landfriedensbruchs angeklagt werden.

Neue Streiks im Saarrevier.

Saarbrücken, 2. Juli. Auf der Burbacher Hütte ist seit gestern nachmittag die ganze Belegschaft im Ausstand. Im Laufe des heutigen Vormittags sind einzelne Betriebe gefolgt, wie z. B. Ehrhard u. Sehmer, Gußstahlwerk und Waggonfabrik Lüttgens. Die Ursache des Streiks soll darin zu suchen sein, daß die vor mehreren Wochen abgebrochenen Lohnverhandlungen noch nicht wieder aufgenommen worden sind.

Die Lage in Italien.

Rom, 1. Juli. Nach einer Stefanimeldung ist die Arbeit in Rom in vollem Umfange wiederaufgenommen worden. Die Stadt ist ruhig. Auch in Ancona und in den Städten der Provinz herrscht Ruhe. Die Opfer der Unruhen in Ancona betragen nach amtlichen Feststellungen 24 Tote, darunter 9 Polizeibeamte und 71 Verwundete. Man glaubt, daß sich eine große Zahl verletzter Personen nicht gemeldet hat. Wie „Messagero" meldet, traf General Albricci, ehemaliger Kriegsminister, in Ancona ein, um eine militärische Untersuchung einzuleiten. Nach vorläufiger Erhebung beträgt die Zahl der meuternden Bersaglieri etwa ein Dutzend.

Den Altpensionären und Althinterbliebenen sollen zur Behebung der Notlage bis zu der in Aussicht stehenden gesetzlichen Regelung 50 v. H. ihrer bisherigen Bezüge an Pension, Witwen- und Waisengeld vom 1. April 1920 ab als Vorschuß gezahlt werden. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind — soweit die Heeresverwaltung hierbei in Betracht kommt — die Pensionsregelungsbehörden und Versorgungsämter bereits mit entsprechender Weisung versehen worden. Diese Behörden werden die Zahlstellen schleunigst zur Zahlung anweisen. Immerhin wird bei der großen Zahl der Pensionäre noch einige Zeit vergehen, bis alle Zahlungen angewiesen sind. Ein Grund zur Beunruhigung liegt daher nicht vor, wenn die Nachricht der Zahlungsanweisung bei einzelnen Empfangsberechtigten sich etwas verzögern sollte. Eines Antrages des Pensionärs bedarf es nicht.

Die unabhängige „Enthüllung".

Für die Art, wie jetzt der Kampf zwischen den Arbeiterparteien geführt wird, ist es bezeichnend, daß vertrauliche Schriftstücke, die der eine Teil an seine Anhänger erläßt, von dem anderen, wenn er sie erwischen kann, in die Oeffentlichkeit geworfen werden. Wir sind bereit, uns unter Umständen diesem neuen Brauch anzupassen, meinen aber allerdings, wenn man einmal zu diesem Mittel greift, dann hat man keinen besonderen Grund mehr, sich über Spitzelwirtschaft zu entrüsten.

Nur eines möchten wir jetzt schon versprechen: Wir werden Schriftstücke, die aus dem anderen Lager an uns gelangt sind, vor ihrer Veröffentlichung darauf zu prüfen, ob sie auch wirklich Angriffsflächen bieten. Aus bloßer Freude darüber, daß man etwas Gemaustes in den Händen hat, Indianertänze aufzuführen, überlassen wir Henke und der „Freiheit". Und nun lassen wir den großartigen Fund folgen, den die U. S. P. in ihren freudezitternden Händen hält. Es ist ein vertrauliches Rundschreiben des Parteivorstandes an die sozialdemokratische Presse, das folgenden Wortlaut hat:

Wenn wir auch die Entscheidung über die künftige Taktik dem am Sonntag zusammentretenden Parteiausschuß und der künftigen Reichstagsfraktion überlassen wollen, so glauben wir doch der Parteipresse eine Darlegung unserer Auffassungen der Lage schuldig zu sein. Wir haben sie gewonnen in einer Reihe von Erörterungen, die wir mit erfahrenen Parteigenossen, zum Teil auch mit Mitgliedern der Regierung in diesen Tagen gepflogen haben. Wir möchten bitten, daß die Parteipresse in dieser schweren Zeit, die die Verantwortlichkeit für jeden an vorgeschobenem Posten stehenden Parteigenossen aufs höchste steigert, zu einer möglichst einheitlichen Haltung gelangt, die das Selbstbewußtsein der Partei und das Gefühl der Sicherheit, daß uns die Zukunft gehört, widerspiegelt. Kleinliche Lobsprecherei und mehr im inneren Kreise zu pflegende Selbstkritik sollte die Haltung unserer Presse in den nächsten Wochen nicht kennzeichnen. Wir sollten überhaupt ruhig Blut bewahren und keine Aufregung erkennen lassen. Der Reichspräsident vermag auf die Bildung einer neuen Regierung erst hinzustreben, wenn die Fraktionen des Reichstages in Berlin zusammengetreten sein werden. Das wird vor dem 18. Juni kaum möglich sein. Eine Bildung des Ministeriums lediglich auf Verantwortlichkeit der Parteiführer lehnt Ebert ab.

Seiner Absicht, im Falle der Bildung einer Rechtsregierung zurückzutreten, haben wir widersprochen. Wir würden damit eine sehr bedeutsame Position aufgeben und dem künftig gebildeten Ministerium völlig freie Bahn gewähren. Das Verbleiben Eberts in der Reichspräsidentschaft würde dagegen die Abschaffung des Achtstundentages, die Einengung des Koalitionsrechts, die Wiederbelebung der Gesindeordnung und ähnliche Maßnahmen unmöglich machen. Ebert hätte auch die Möglichkeit, das Recht der Volksbefragung auszunützen und dabei die ganze Arbeiterklasse von den Kommunisten bis zu den christlichen Arbeitern zusammenzuschmelzen und einem Rechtsministerium damit bedeutsame Niederlagen zu bereiten, ja auch den Reichstag zu gegebener Zeit aufzulösen, also die ganze politische Lage in hohem Maße mit zu beeinflussen, wenn das auch mehr in negativem als in positivem Sinne geschehen kann. Ebert hat sich diesen Erwägungen nicht verschlossen, aber als Bedingung für sein vorläufiges Verbleiben in der Reichspräsidentschaft aufgestellt, daß durch die Parteipresse den Genossen die Motive seines Verbleibens klargestellt werden sollen. In welchem Zeitpunkte und mit welcher Begründung dies geschehen soll, wird Gegenstand der Erwägung einer späteren Zeit sein. Wir bitten deshalb, vorläufig diese Frage nicht zu berühren, wie wir überhaupt dieses Rundschreiben lediglich als eine Information, nicht als Objekt zu publizistischer Verwertung betrachtet zu sehen wünschen.

Die Regierungsbildung dürfte sich vermutlich in der Woche nach dem 18. Juni abspielen. Ebert wird zuerst Hermann Müller den Auftrag zur Bildung eines neuen Kabinetts geben. Hermann Müller wird dann ausschließlich mit den Unabhängigen verhandeln und sich bereit erklären, mit ihnen im Rahmen der Reichsverfassung ein Regierungsprogramm aufzustellen und den Kern einer Regierungsmehrheit zu bilden, zu der etwa die Demokraten herangezogen werden sollen. Obgleich die unbedingte Ablehnung des Müllerschen Anerbietens durch die U. S. P. vorauszusehen ist, dürfte es sich empfehlen, auf die Verpflichtung der U. S. P. als der zweitstärksten Partei des Reichstages hinzuweisen, einen Teil der Verantwortung durch Mitarbeit an der Regierung und an der Führung des Reichstags zu übernehmen. Eine kluge und auf die Psychologie der Arbeiterschaft richtig eingehende Haltung der Parteipresse in den nächsten vierzehn Tagen kann die Stimmung der Arbeitermassen sehr günstig für uns und im Falle der Ablehnung der U. S. P., in die Regierung zu treten, nachher sehr ungünstig gegen die U. S. P. beeinflussen.

Scheidet die Möglichkeit einer Regierung aus S. P. D., U. S. P., D. D. P. aus, so wird Ebert die Führer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu sich berufen, um ihnen den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung zu geben. Sie werden vermutlich den Anspruch erheben, daß auch Vertreter unserer Partei in ihre Regierung eintreten, das wird aber von unserer Partei unter allen Umständen abgelehnt werden. Vermutlich werden die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei Ebert erklären, daß auch sie ohne S. P. D. keine tragfähige Regierung zustande bringen werden. Aber im Laufe der Verhandlungen der Parteien wird sich unserer Vermutung nach ergeben, daß das Zentrum, der einigen Gruppen abgesehen, zum Eintritt in die Rechtskoalition bereit sein wird, und daß die Deutsche Demokratische Partei zu einer wohlwollenden

Neutralität dieser Regierung gegenüber zu gewinnen sein wird. Wir rechnen damit, daß diese Regierung der Rechtsparteien zustandekommen wird.

Uns kann eine derartige Regierung im Augenblicke nur erwünscht sein, denn die Verhandlungen in Spa werden der deutschen Republik und dem deutschen Volke schwere Lasten auferlegen. **Wir haben alles daranzusetzen, daß die Repräsentanten der Rechtsparteien die Verhandlungen in Spa führen** und die Anordnungen der Entente auf sich nehmen. Dann müssen sie die Entwaffnung der Armee herbeiführen, die ihnen diese Armee, auf die sie alle ihre Hoffnungen setzen, zum schärfsten Feinde machen wird. Eine Auflösung der Armee und eine Entlassung von Tausenden von Offizieren durch uns würden die Offiziere als einen feindlichen Akt betrachten, aber sie würden ihn aus unserer bekannten antimilitaristischen Tradition begreifen. Die gleiche Aktion, von den Rechtsparteien ausgeführt, würde von den Offizieren usw. als ein Akt unerhörter Treulosigkeit der bisherigen politischen Stützen der Armee empfunden werden. So ist die Befürchtung, daß eine Rechtsregierung die bewaffnete Gewalt zur völlig freien Verfügung haben wird, durchaus nicht begründet. Auch ein Ministerium der Rechten wird seine großen Schwierigkeiten mit der neu zu bildenden Armee haben. Ein Grund zu besonderer Befürchtung ist aus der Uebernahme der Regierung durch die Rechtsparteien unter diesem Gesichtspunkte nicht abzuleiten.

Schwieriger erscheint uns für unsere Partei im Falle der Bildung einer Rechtsregierung unsere Stellung zur U. S. P. Sie könnte leicht, wenn wir nicht sehr klug und vorsichtig sind, die Führung der Opposition in die Hand bekommen und damit der Entwicklung unserer Partei Abtrag tun. Selbstverständlich müssen wir in eine klare und unzweifelhafte Gegensätzlichkeit zur Rechtsregierung treten. Aber sie muß sich in ihren Methoden, in ihrem Ernste, in ihrer Sachlichkeit von der vermutlich nur **sehr großmäuligen und rabaulustigen Opposition der U. S. P.** auch im Verständnis der Arbeiterschaft ganz deutlich abheben. Wir dürfen uns nicht ins Schlepptau der U. S. P. nehmen lassen, wir müssen bei aller Klarheit und Entschiedenheit unserer Opposition doch die großen Gesichtspunkte niemals vermissen lassen.

In diesem Falle wird es uns bald gelingen, bei den kommenden Wahlen, die vielleicht noch in diesem Spätjahr stattfinden können, das verlorene Terrain wiederzugewinnen.

Wir hoffen, daß diese Gesichtspunkte in den Redaktionen unserer Parteipresse Zustimmung finden werden, so daß wir in aller Geschlossenheit, klar zum Gefecht und in guter Stimmung auf eine bessere Zukunft das Schiff der Partei von der Parteipresse gelenkt sehen können.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.

Daß der Parteivorstand am 9. Juni, drei Tage nach der Wahl, das Bedürfnis hatte, die Parteipresse vertraulich über die Richtlinien der sozialdemokratischen Taktik zu informieren, nimmt weiter nicht Wunder. Im übrigen steht in dem Rundschreiben nichts, was nicht ein paar Tage später in der Oeffentlichkeit gesagt worden ist.

Entsprechend ihrer Ueberzeugung, daß die sozialistischen Parteien gemeinsam den Schutz der Republik und der sozialpolitischen Errungenschaften der Revolution übernehmen müßten, hat sich die Sozialdemokratische Partei in der Frage der Regierungsbildung zunächst an die Unabhängigen gewendet. Natürlich war sie nicht so kindlich anzunehmen, die Unabhängigen würden ihr gerührt um den Hals fallen. Angesichts der Verranntheit und Verbohrtheit der unabhängigen Führerschaft mußte die Ablehnung der U. S. P. vorausgesehen und mußten die Schritte erwogen werden, die dann zu unternehmen seien.

Unter der richtigen Voraussetzung, daß die Torheit der Unabhängigen die Bildung einer Linksregierung vereiteln würden, erschien dem Parteivorstand — „im Augenblick" — wie das Rundschreiben ausdrücklich betont, die offene Rechtsregierung als das kleinste aller möglichen Uebel. Die Rechtsparteien, neben den Unabhängigen die nächsten „Sieger", sollten nun die Verantwortung übernehmen und in Spa zeigen, was sie zu leisten imstande sind. Dieser Gedanke ist seitdem unzählige Male in der Oeffentlichkeit laut ausgesprochen worden, zuletzt gestern vom Genossen Hermann Müller unmittelbar vor der großartigen „Enthüllung" Henkes.

Die Taktik war vollkommen klar. Denen, die im Wahlkampf als Kritiker das Maul am weitesten aufgerissen hatten, sollte Gelegenheit gegeben werden, einmal zu zeigen, was sie positiv können. Die Unabhängigen schnappten bei der Prüfung sofort, wie vorauszusehen war, ab und machten dadurch das Angebot an die Rechtsparteien notwendig. Die Regierung der Rechten kam aber nicht zustande, weil sich alle bürgerlichen Parteien weigerten, mit den Deutschnationalen gemeinsame Sache zu machen. Infolgedessen steht also die Sache jetzt so, daß sich zwar die Deutsche Volkspartei als Regierungspartei abmühen muß, die Deutschnationalen aber draußen geblieben sind und noch immer die unentwegten Besserwisser und Bessermacher markieren können.

„Mit ihrer großartigen „Enthüllung" haben die Unabhängigen die schwere Schuld, die sie der Arbeiterklasse gegenüber auf sich geladen haben, um kein Quentchen vermindert. Durch ihre Zersplitterungspolitik, durch ihre Verweigerung der positiven Mitarbeit haben sie den Bürgerlichen die Macht in die Hände gespielt. Sie haben den Arbeitern die Möglichkeit abgeschnitten, jetzt schon Schritt für Schritt vorwärtszukommen, sie haben sie in die Einflußlosigkeit zurückgestoßen, um sie auf das Paradies der Räterepublik nach russischem Muster zu vertrösten. Das wäscht ihnen kein Regen ab, und keine Enthüllungen und keine Schimpfereien vermögen etwas daran zu ändern.

Vom Landarbeiterstreik in Pommern.

Ueber die Streiklage in Pommern wird den P. P. N. von zuständiger Seite geschrieben: In den Kreisen Rummelsburg, Belgard, Köslin und Bublitz wird gestreikt. Während in den Kreisen Rummelsburg und Köslin der Streik ein heftiger ist, ist er im Kreise Belgard und Bublitz schwächerer Art. Technische Nothilfe ist kaum eingesetzt. Nur im Kreise Belgard auf drei bis vier Gütern und im Kreise Köslin auf fünf Gütern. In Bublitz wird heute verhandelt, in Rummelsburg ebenfalls. In Belgard finden morgen Verhandlungen vor den land- und forstwirtschaftlichen Spruchkammern statt. In Bütow waren gestern Verhandlungen.

In Köslin hat sich die Lage verschärft, insofern, als die vorhandenen Gegensätze durch gestern in der Stadt Köslin stattgehabte Versammlungen der Großgrundbesitzer und der Betriebsräte die Stimmung erregter gestaltet haben. Die Sicherheitspolizei hat ihre alten Standorte beibehalten. Der in der Presse erwähnte Vorfall in Groß-Dychow ist falsch dargestellt. Der Landrat zu Belgard ist durch den Regierungspräsidenten erst gestern vom Urlaub zurückberufen worden, befindet sich nicht in Belgard, kann also weder ein militärisches Kommando angefordert haben. Im Bezirk herrscht vollkommene Ruhe. Anzeichen von „Kommunismus", von denen Berliner Zeitungen wie der „Tag" berichten, liegen nirgendswo vor.

Um das Ueberschichtabkommen.

Essen, 2. Juli. Von zuständiger Seite erfährt die „Telegraphen-Union": Durch die Presse geht die Nachricht, daß die Bergarbeiterverbände eine Revision des Ueberschichtenabkommens beantragt haben und daß Bestrebungen im Gange sind, die Ueberschichten nicht mehr in dem bisherigen Umfange zu verfahren. Es wird hervorgehoben, daß sich die Arbeiter hierzu außerstande fühlen, wenn nicht eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln eintritt. Die Belegschaft einer Zeche im Essener Bezirk hat sich dahin ausgesprochen, daß künftighin jeder Bergmann gemaßregelt werden soll, der sich zu Ueberschichten bereit finde.

Das Verfahren von Ueberschichten ist eine Lebensnotwendigkeit für unsere Volkswirtschaft. Durch die Ueberschichten hat sich die Förderung auf fast 40 000 Tonnen täglich erhöht. Würden die Ueberschichten eingestellt, so würde es, wie im vergangenen Winter, nicht mehr möglich sein, die Industrie und die Haushaltungen ausreichend mit Kohle zu beliefern, und es würde ein schnelles Sinken der Produktion und eine sichere Entwertung unserer Valuta die Folge sein. Andererseits ist aber nicht zu [illegible] daß die schwere Arbeit, die den Bergleuten durch die Ueber[illegible] erwächst, nur dann geleistet werden kann, wenn die Lebens[illegible]ttelversorgung in der Weise, wie beim Abschluß des Ueberschichtenabkommens vorgesehen war, geschieht. Das war bezüglich der Brotversorgung nicht der Fall. Es ist unbedingt Aufgabe der zuständigen Stelle, dafür zu sorgen, daß den Bergleuten besseres Brot geliefert wird, als dasjenige, welches bisher im Ruhrrevier zur Ausgabe gelangt.

Ein Rüffel für Stresemann.

Ueber das pöbelhafte Verhalten der alldeutsch-antisemitischen „Täglichen Rundschau" während des Wahlkampfes machte bekanntlich in der Montagssitzung der Genosse Scheidemann im Reichstag einige zutreffende Bemerkungen. In der Mittwochsitzung erklärte nun der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Dr. Stresemann, er stehe nicht an auszusprechen, daß die Fraktion der Volkspartei den betreffenden Artikel einhellig mißbillige und daß dies auch der in Rede stehenden Zeitung zum Ausdruck gebracht worden sei. Herr Nippler, Chefredakteur der „Täglichen Rundschau", suchte die „scharf geschliffenen Sätze" gestern zu verteidigen, indem er seinerseits den „Vorwärts" angriff, worauf wir ihm in der Abendausgabe die Antwort nicht schuldig blieben. (Vergl. „Nippler contra Paulchen".) Dem Klosettstilisten tritt nun heute morgen ein Helfer zur Seite, dessen Kompetenz zur vornehmen Stilistik auf allgemeine Anerkennung rechnen darf — die „Deutsche Zeitung" nämlich. Diese nimmt sich die Mühe, Herrn Stresemann einen Rüffel zu erteilen, wie dieser ihn nicht allzu oft gehört haben dürfte. Schulmeisternd wird ihm auf einer halben Spalte eine Vorlesung über die Beziehungen zwischen Abgeordneten und Presse gehalten, und die „Deutsche Zeitung" kommt zu dem Ergebnis, Herrn Stresemanns Anstandsregung als schwere Entgleisung brandmarken zu müssen. Der Unterzeichner des Artikels nennt sich A. Z., der der „Täglichen Rundschau" zeichnete bekanntlich mit „A". Wir können uns die Bemerkung nicht versagen, daß die „Stilisten" der nationalistischen Presse — von A bis Z gleich viel wert sind.

Ein sonderbarer Beamter.

Man schreibt uns:

In der Strafsache gegen den Ingenieur Waldemar Moritz, Berlin W 50, Augsburger Straße 34, vor der 6. Strafkammer des Landgerichts III, wegen Erpressung stand heute unter Akt — Z. B. 8 N. 44. 20. — Termin an, da Moritz gegen seine Verurteilung am 1. April d. J. vor dem Schöffengericht Charlottenburg zu 5 Monaten Gefängnis zusätzlich verurteilt worden war. Im Oktober 1918 war Moritz von der Strafkammer zu Köln a. Rh. bereits zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis ebenfalls wegen Erpressung gegen den dortigen Architekten Kleins verurteilt, bei Ausbruch der Revolution aber am 7. November 1918 aus dem Gefängnis befreit worden.

Zu dem heutigen Termin erschien der Angeklagte nicht, ließ vielmehr von seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. v. Zimmermann, erklären, daß er als Ueberwachungsbeamter der Reichszuckerstelle dienstlich an der deutsch-belgischen Grenze zu tun habe und aus diesem Grunde nicht erscheinen könne.

Mit Recht gab der Staatsanwalt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß ein Mann, der wegen Erpressung, begangen als Spitzel in einer Metallbeschlagnahme als damaliger angeblicher Beamter der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, weiter bei einer Reichsbehörde Verwendung finden könne. Der Staatsanwalt beantragte sofortige Verhaftung des Moritz, der Gerichtshof wies dagegen seine Berufung nach kurzer Beratung zurück, so daß die über ihn am 1. April verhängte Gefängnisstrafe nunmehr rechtskräftig wird. Wir können uns der Verwunderung des Staatsanwalts nur anschließen.

Buchrucker freut sich.

In unserem Cottbuser Parteiblatt findet man einen neuen Beweis dafür, wie sehr die Offiziere der Reichswehr bemüht sind, die vom Reichswehrminister gegebenen Befehle auszuführen.

Der aus den Kapp-Tagen rühmlichst bekannte Major Buchrucker hatte dieser Tage sein Bataillon an einen anderen Major übergeben und wurde zum Stabe seines ehemaligen Bataillons versetzt. Die „Märkische Volksstimme", die gegen den Major wegen seiner Haltung in den Kapp-Tagen einen energischen Kampf geführt hatte, widmete ihm bei seinem Abschied einen ironisch gehaltenen Nachruf. In der „Lausitzer Landeszeitung" gab nun Major Buchrucker unter der Ueberschrift „Ein Reinfall der „Mär-

Bücherdämmerung.

Vom Preis der Bücher und ihrer Bedeutung für Kultur, Bildung und Lebensinhalt des einzelnen und der Völker hallt das Schrifttum aller Zeiten wieder. Ueber ihren Ewigkeitswert sind sich die großen Geister der Geschichte einig. Deshalb ist die Pflege und die Verbreitung des Buches stets ein Gradmesser für die Höhe der Kultur und Bildung gewesen. Heute nun ist dieser höchste Kulturschatz der Menschheit schwer bedroht. In der allgemeinen Krise treibt das Buch als Bildungsfaktor und Vermittler edelsten Genusses einer Katastrophe entgegen, die man in Anlehnung an die altnordische Götterdämmerung „Bücherdämmerung" nennen kann. Bald wird dieser treueste und notwendigste Freund des Menschen, bisher jedem zugänglich, ein Luxusgegenstand geworden sein. Und gerade in unserer Zeit hat das Buch größere Aufgaben zu erfüllen denn je, ist sein Einfluß so bitter notwendig. Andere Bildungs- und Vergnügungsmittel sind entgeistigt. Da bleibt nur das Buch als der Seelengefährte stiller Stunden, als Tröster in jener Einsamkeit, in die der Kulturmensch im Trubel der Großstadt am stärksten versinkt. Dieser jähe Wandel der Dinge ist uns besonders schmerzlich, weil wir vor dem Kriege in allen Dingen des Bücherwesens so unendlich verwöhnt waren. Eine Blütezeit der Bücher war angebrochen, wie nie zuvor: wir waren endlich dem Ideal nahe, daß die Ahnen vergeblich erstrebt hatten: dem billigen und schönen Buch.

Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts waren Bücher eigentlich nur für Wohlhabendere erschwinglich. Ein Buch, das weniger als einen Taler kostete, war in der Goethe- und auch in der nachgoethischen Zeit eine Seltenheit. Außer der Bibel und der Fibel, dem Gesangbuch und dem Kalender konnte sich der gemeine Mann kaum ein Buch anschaffen. Auch nach 1870 blieben die Bücher teuer. Der alljährliche Ebers und andere zweibändigen Romane kosteten 10 bis 15 M. Noch vor 10 Jahren konnte einer der führenden deutschen Verleger behaupten, daß „die Konsumfähigkeit des Volkes hinter den technischen Produktionsmöglichkeiten auf keinem anderen Markt so weit zurückbleibt wie im Buchhandel." Erst die billigen Klassikerausgaben, vor allem Reclam, waren nach 1850 weiter ins Volk hineingedrungen. Frankreich besaß damals in seinen 3,50-Fr.-Bänden bereits einen billigen Einheitspreis für Bücher, aber das kam daher, daß das französische Buch für den Weltmarkt berechnet war und mehr Amüsements- als Kulturzwecke verfolgte. Das in Massen hergestellte Buch zum billigen Einheitspreis, das zugleich ernsten wissenschaftlichen und künstlerischen Stoff brachte, ist zuerst in England geschaffen worden; aber die stolze Ueberschau, die der deutsche Buchhandel gerade bei Ausbruch des Weltkrieges über die Bücherproduktion der Welt hielt, zeigte, daß die deutschen billigen Bücher die englischen an Schönheit und Fülle überflügelt hatten. Um die Jahrhundertwende begannen jene Sammlungen billiger wissenschaftlicher Bücher zu erscheinen, die den besten Bildungsstoff für 80 Pf. und 1 M. darboten; es folgten Serien mit den hervorragendsten Schriftwerken der Weltliteratur, mit den besten Schöpfungen der zeitgenössischen Erzählungskunst. Das Buch wurde nun zu einem wirklich „demokratischen" Element, das durch Massenvertrieb in die weitesten Kreise gebracht wurde. Auflagen von 10 000 Exemplaren waren nicht mehr selten, und es gab so manche Bücher, die in 50 000, ja 100 000 und mehr Exemplaren abgesetzt wurden. Der Riesenerfolg einzelner Bücher ging bis in die Hunderttausende, und in den ersten Jahren des Krieges hat sich dieses Kaufbedürfnis des Volkes noch gesteigert.

Dem Anwachsen des Kreises der Bücherfreunde kam das schöne Buch entgegen, das in Personalunion mit dem billigen Buch geschaffen wurde. Auch hier ist England in der Schöpfung des einfachen, vornehmen Druckwerkes vorausgegangen, das durch edle Ausstattung und solides Handwerk das ästhetische Bedürfnis befriedigt. Das Buch wurde billig, aber es wurde zugleich schön und dauerhaft. Denn mit den Fortschritten der Technik war ja für das Buch ein furchtbarer neuer Feind erstanden in der Erfindung des Holzschliffpapiers um 1850, das nach wenigen Menschenaltern vergilbt und zerfällt. Trotzdem: wir hatten gute und dauerhafte Bücher auf schönem Papier. Jetzt aber ist der Holzschliff in die ganze Buchproduktion in einer Weise eingedrungen wie nie zuvor, und der Druck auf holzfreiem Papier wird als eine seltene Ausnahme angepriesen. Die Bücher sind schlecht gedruckt, schlecht geleimt, unansehnlich schon kurze Zeit nach dem Erscheinen, ein trauriges Zeugnis des nahen Verfalls. Auch die Teuerung der Bücher ist innerhalb Jahresfrist ungeheuer geworden und steigt noch ins Unerschwingliche. Ein Roman kostet statt 3 M. heute 20 bis 25 M., die 1-Mark-Bände der wissenschaftlich populären Sammlungen sind auf 8 bis 9 M. emporgeschnellt, und nur der Reiche kann sich noch die geistige Nahrung verschaffen, die das tägliche Brot des ganzen Volkes sein sollte. Notwendig müssen die Bücher wieder in kleinen Auflagen gedruckt werden, denn es finden sich nicht genug Käufer, die die Preise zahlen können.

Um dieser geistigen Not entgegenzutreten, wird vor allem unser hochentwickeltes Bibliothekswesen aufgeboten werden müssen, und es wird Aufgabe der Volksbibliotheken und Volkslesehallen sein, wenigstens einigen Ersatz für die Unmöglichkeit des Bücherkaufens zu bieten.

P. L.

Symmertheater in der Volksbühne. Der „Bruder Martin" in dem gleichnamigen, ein paar Jahrzehnte alten Wiener Volksstück von Costa ist ein umherziehender Bettelmönch, der die Erträge seiner Bettelei durch den Verkauf von Zaubermittelchen an die nicht alle Werdenden ergänzt und seine bescheidenen Schwindeleien gegangene Ehen wieder einzurenken. Eine Figur, der, von anderem noch ganz abgesehen, schon wegen ihres Ordenskostüms hier auf Berliner Boden die Voraussetzungen volkstümlichen Kolorits fehlen. Die Personen des Verfassers amüsieren sich bei Wein und Bier, beim Kegelschieben und beim Tanze anscheinend ausgezeichnet, die Zuschauer leider bei weitem nicht so gut. Erst in dem dritten Akt gelang es dem flotten, ulkig karrikierenden Humor von Julius Sachs, der die altehrwürdige Possenfigur eines ängstlichen, aus seinem Pantoffelheldentum im Kampf mit der überlegenen Ehehälfte plötzlich zu Löwenmut erwachenden Schneiderleins spielte, die Stimmung zu lauter Heiterkeit zu animieren. Auch da war der Erfolg viel mehr schauspielerischer Mimik als den Einfällen des Autors selbst zu danken. Das Schnapsfläschchen, das ihm der Bruder zugesteckt, wirkt Wunder, und der plötzliche Ausbruch imperialistischen Größenwahnes beim Gatten löst in der einstigen Beherrscherin Gefühle ehrfürchtig liebender Bewunderung aus. Neben den herzstärkenden Tropfen ist es die erhebende Aussicht, die der Mönch ihm eröffnet, daß er im Falle des Sieges bei der nächsten Prozession den Himmelsbaldachin zu tragen haben werde, was die verborgenen Energien seiner Seele weckt. Die andere und Hauptkur, die Aussöhnung der beiden trotzigen Müllersleute, die durch eine umständliche von Martin erfundene Spukgeschichte eingeleitet wird, bringt es in ihren Situationen zu keiner schlagenden Pointe. Die Aufführung war bemüht, im Dialekt die österreichische Klangfarbe nach Möglichkeit zu wahren. Starken Applaus fanden die von Gluth als Martin mit hübscher Stimme vorgetragenen Couplets, denen man nur einen etwas weniger harmlosen Text hätte wünschen mögen.

Ein Meteorstein durch Berechnung aufgefunden. Die Lage eines Meteorsteins, der Anfang April 1916 mit großem Getöse in Kurhessen in der Nähe von Treysa niederging, ist nach den Angaben von Leuten, die ihn beobachteten, durch Prof. Wegener in Marburg berechnet worden. Der Gelehrte stellte den ungefähren Ort in der Luft fest, wo der Meteorstein zersprungen war und in Stücken seinen Weg zur Erde genommen haben mußte. Er fand diesen „Hemmungspunkt" 16,4 Kilometer hoch gelegen und gab den vermutlichen Ort für das Auffinden des Steines an. Eine Belohnung von 300 M. wurde auf den Fund gesetzt. Erst viel später hat dann, wie „Natur und Kultur" mitteilt, ein Förster in dem Forst Frielendorf, der in der von dem Gelehrten bezeichneten Gegend liegt, ein 63 Kilogramm schweres Stück gefunden, das wohl den Hauptteil des Meteoriten darstellt. Der Stein hatte sich 1,6 Meter tief in den Waldboden eingebohrt. Die Fundstelle lag nur etwa 800 Meter hinter dem berechneten Hemmungspunkt, hatte also ziemlich genau festgestellt werden können. Aus der Art, in der sich der Meteor in den Waldboden eingebohrt hatte, ergab sich, daß er auch nach dem Zerspringen seine ursprüngliche Bewegungsrichtung beibehalten hatte. Die bisherige Annahme, daß im Hemmungspunkt die Geschwindigkeit ganz vernichtet wird und der Stein senkrecht herabfällt, ist danach als falsch erwiesen.

Der Genter Altar verläßt Berlin. Mit dem 1. Juli mußten gemäß dem Friedensvertrag die Flügel des Genter Altars der Brüder van Eyk und des Löwener Altars des Dirk Bouts ausgeliefert werden. Eine belgische Kommission weilt zu diesem Zweck in Berlin, und so haben die kostbaren altniederländischen Tafeln das Kaiser-Friedrich-Museum verlassen. Sie werden nach Brüssel abtransportiert.

Die Burgtheaterkrise ist, wie aus Wien berichtet wird, gelöst, und zwar auf die einfachste Weise. Direktor Albert Heine bleibt an der Spitze des Burgtheaters, nachdem für seine Tätigkeit rein künstlerische und finanzielle Grundlagen gefunden sind.

Deutsch-russische Kulturbeziehungen. Unter dem Namen Wostok (der Osten) ist in Dresden ein deutsch-russischer Verlag gegründet worden, der den Ausbau neuer geistiger und kultureller Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland fördern will. Der Verlag beabsichtigt, die wesentlichen Werke der deutschen Gegenwart (später auch Werke der Vergangenheit) ins Russische zu übersetzen und wesentliche russische Werke der jüngsten Vergangenheit den deutschen Lesern in Uebersetzung zugänglich zu machen.

kischen Volksstimme" darauf eine Antwort, die in mancherlei Beziehung interessant ist und folgenden Wortlaut hat:

„Die „Märkische Volksstimme" widmet mir einen Nachruf. Er ist unangebracht. Schon im Februar war mir mitgeteilt, daß bei Einführung des Zweihunderttausend-Mann-Heeres ich dem Dienstalter nach das Bataillon nicht behalten könne und Major von Loelhorst es übernehmen würde. **Meine Vorgesetzten haben den Kommandowechsel bis jetzt hinausgeschoben, um den Schein zu vermeiden, als ob er das Ergebnis der gegen mich geführten Hetze sei.** Daß ich das Bataillon so lange behalten habe, ist also nicht zuletzt Verdienst der „Märkischen Volksstimme".

gez.: Buchrucker,
Major beim Stabe des Bataillons Franz.

Interessant ist an diesem Schreiben das offene Eingeständnis des Majors, daß seine Vorgesetzten den Kommandowechsel absichtlich hinausgeschoben haben. Wie die „Märkische Volksstimme" zu melden weiß, hat der Reichswehrminister bereits Ende Mai durch das Personalamt seines Ministeriums die Beurlaubung des Majors befohlen. Das Gruppenkommando hat aber, wie der Major so offen eingesteht, aus politischen Gründen diesen Befehl nicht ausgeführt. Was sagt Geßler dazu?

Ein bösartiger Schwindler.

Der „Reichskommissar" als Betrüger.

Essen, 1. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Vor einiger Zeit erregte die Verhaftung des Leiters des hiesigen Flüchtlingslagers und Reichskommissars für das gesamte Flüchtlingswesen im Reiche, Hauptmanns v. Mudra, großes Aufsehen. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft haben ergeben, daß Mudra, der sich hier als Neffe des aus dem Kriege bekannten Heerführers Mudra ausgegeben hatte, mit diesem gar nicht verwandt ist, sondern daß er einfacher Soldat war, der es im Kriege zum Unteroffizier gebracht hatte. Das ihm übertragene Amt als Reichskommissar hat er zu großen Schiebungen, Betrügereien, Räubereien und Erpressungen mißbraucht. Die Schiebungen gehen in die Millionen und erstrecken sich auf Waren aller Art, Lebensmittel, Zigarren, Kleiderstoffe usw., die ihm als Reichskommissar des Flüchtlingswesens anvertraut waren.

Die Abwicklung des alten Heeres.

Nach den erlassenen Verfügungen soll jetzt die Abwicklung des alten Heeres unbedingt beschleunigt werden. Grundsätzlich wäre gegen dieses Vorhaben nichts einzuwenden. Ueber die Art der Ausführung der gegebenen Bestimmungen jedoch ist es notwendig, einiges der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Zur Orientierung muß voraus eine Darlegung der Abwicklungsverhältnisse überhaupt gegeben werden, da die jetzt in der Oeffentlichkeit gegebenen Darstellungen erheblich mit der Wirklichkeit kollidieren.

Im Bereich des früheren 12. A. K. bestehen zurzeit 28 Abwicklungsstellen, wovon jedoch normalerweise mindestens $^2/_3$ überflüssig sind. Ohne nun jedoch danach zu entscheiden, ist man an maßgebender Stelle bestrebt, in erster Linie die Stellen zu beseitigen, die volkswirtschaftlich wohl noch notwendig, aber den verschiedenen Stellen nicht besonders genehm sind. Anstatt überflüssige Kräfte im Abw.-Amt 12 (früher Gen.-Kdo.) zu beseitigen, sind diese gerade bestrebt, die Abw.-Stelle Bekl.-Amts 12 zu beseitigen. Beim Bekl.-Amt 12, wo noch größere Bestände lagern, soll unbedingt der Lagerbetrieb zum 1. Juli 1920 aufhören. Um dieses zu erreichen, werden z. B. die Reichswehrtruppenteile gezwungen, trotz Ueberfüllung der Kammern, ungeheure Mengen zu übernehmen. Die Unterbringung ist diesen fast unmöglich. So haben z. B. Reichswehrtruppenteile mit 2 bis 800 Angehörigen 20 000 und noch mehr Schuhe und Stiefel, ebenso Wäsche und Wollsachen. Es ist geradezu skandalös, wenn man bedenkt, daß so und so viele Reichsbekleidungsämter für den Reichswehrbedarf arbeiten (und auch erhebliche Vorräte bereits haben). Anstatt, wie es volkswirtschaftlich richtig wäre, die hier befindlichen Vorräte unter Aufsichtung der verteuernden Zwischenstellen, der bedürftigen Bevölkerung zuzuführen, werden diese in möglichst großen Posten der Spekulationswut ausgeliefert oder auf den sogenannten „Reichswehrkammern" dem Verderben ausgesetzt. Fast täglich ist zu beobachten, daß durch die „Reichstreuhandgesellschaft" verkaufte Posten durch mehrere Zwischenstellen gehen, ohne auch nur vom Lager geführt zu werden.

Trotzdem nun von seiten der Betriebsleitung wie auch der Betriebsvertretung der Arbeiter auf die Unmöglichkeit und Unwirtschaftlichkeit der Beendigung des Lagerbetriebes zum 1. Juli hingewiesen worden ist, bestehen unverantwortliche Bureaukraten auf der Einhaltung des Termins. Die notwendige Folge davon wäre, daß unter Ausschaltung aller Schutzbestimmungen zum 1. Juli die Arbeitslosenziffer noch weiter erhöht wird und der Volkswirtschaft große Verluste entstehen. Anstatt darauf zu sehen, daß die Herren Zeitfreiwilligen sich bei ihrer „Abwicklung" an die gegebenen Bestimmungen halten und nicht bloß 5 Stunden täglich statt 8 Stunden anwesend sind, will man volkswirtschaftlich wichtige Stellen unbedingt beseitigen, vielleicht gar nur, um Mittel für die Herren „Zeitfreiwilligen" freizubekommen. Es ist unbedingt notwendig, daß sich der neugewählte Reichstag sofort mit diesen Fragen beschäftigt und sie im Volkswirtschaftsinteresse löst.

Norddeutsche Kanalprojekte. Damit ein brauchbarer Wasserweg vom rheinisch-westfälischen Kohlenrevier nach dem Nordwestzipfel des Reiches geschaffen wird, haben sowohl die oldenburgische als auch die bremische Regierung diesbezügliche Anträge beim Reich gestellt. Oldenburg fordert den Ausbau des Hunte-Ems-Kanals, Bremen wünscht den Bau eines Kanals von der Weser nach Bramsche. Da die Wasserstraßen noch in diesem Jahr auf das Reich übergehen, beantragten die beiden Staaten, daß Beträge für diesen Zweck in den Reichshaushaltsetat eingestellt würden.

Die Unruhen in Italien. Laut „Corriere della Sera" ist der Aufstand in Ancona ein Teil eines weiterverzweigten Komplottes gegen die staatliche Ordnung und zufällig von den Anarchisten in Ancona vorzeitig ausgelöst worden. In Brescia und Rovezzo hat ein Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Volksparteilern stattgefunden; dabei ist ein Karabinere getötet worden.

Aland. Die finnische Regierung hat dem schwedischen Minister des Auswärtigen mitgeteilt, daß sie bereit sei, den Vorschlag der schwedischen Regierung, die beiden verhafteten Aländer in Freiheit zu setzen, zu erwägen. Infolge der Abwesenheit des Präsidenten könne sie allerdings erst in zwei Tagen Bescheid geben.

Zuchthaus für Mißhandlung von Mitgefangenen. Das Kriegsgericht in Woolwich verurteilte den ehemaligen Angehörigen des Middlesex-Regiments H. Owen zu zwei Jahren Zuchthaus und Zwangsarbeit, Ausstoßung aus der Armee und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, weil er während des Krieges als Kriegsgefangener im Lager Marez (Nordfrankreich) seine mitgefangenen Kriegskameraden mißhandelt und sich sonst unehrenhaft geführt hatte.

Mordprozeß Blau.

In der heutigen Sitzung wird die Beweisaufnahme mit der weiteren Vernehmung des Zeugen Toifl fortgesetzt. R.-A. Dr. Weinberg geht noch auf mehrere Einzelheiten der gestrigen Vernehmung ein, um verschiedene anscheinende Unrichtigkeiten in dessen Aussage festzustellen. — Verteid.: Hat der Zeuge die

Eidesformel für die Vereidigung von Kommunisten,

die tatsächlich stattgefunden hat, auf seiner Schreibmaschine hergestellt? — Zeuge: Ich habe sie nicht geschrieben, mir ist die Eidesformel zugestellt worden von der Leitung. — Vert.: Haben Sie nie Kommunisten aufgefordert, den kommunistischen Schwur abzuleisten? — Zeuge: Ich habe den Schwur auch abgeleistet, habe ihn aber nicht anderen abgenommen. Dies ist vielmehr von Jadzek geschehen. — Vert.: Sind Sie nie von einer Stelle aufgefordert worden, den Eid abzunehmen? — Zeuge: Nein, ich habe es auch nicht aus eigener Initiative getan. — Vors.: Ich bitte aber doch, mit den Fragen nicht zu weit von dem Thema dieser Anklage abzuweichen. — Vert.: Ich will nur klarlegen, daß die Geschichten von Terror und Mörderzentrale nichts sind als eine Ausgeburt von Spitzeln. — Vert.: Hat der Zeuge andere aufgefordert, den kommunistischen Eid zu leisten? — Zeuge: Es kann möglich sein. — Vert.: Nachdem der „Rote Soldatenrat" aufgelöst war, haben Sie da nicht Versuche gemacht, ihn wieder zu begründen? — Zeuge: Nein, ich habe eventuell nur mitgewirkt. — Vert.: Haben Sie jemand aufgefordert, die Spitzelin Schroeder-Mahnke zu ermorden? — Staatsanw. Dr. Ortmann: Ich bitte, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß er berechtigt ist, die Antwort auf diese Frage zu verweigern. — Vert. Dr. Weinberg (erregt): Wir bemühen uns hier, ein schwerwiegendes Verbrechen aufzudecken, und es ist doch doch unglaublich, daß der Staatsanwalt versucht . . . — Vors. (unterbrechend): Ich muß doch den Herrn Staatsanwalt gegen einen derartigen Angriff in Schutz nehmen. — Staatsanw. Dr. Ortmann: Ich weise die Bemerkung des Verteidigers mit Entschiedenheit zurück. Es wird doch der Zeuge durch solche Fragen von der Partei terrorisiert. — R.-A. Liebknecht (in höchster Erregung): Das ist doch unerhört. Es fehlt mir jeder parlamentarische Ausdruck, um dies zu charakterisieren. — Staatsanw.: Es handelt sich doch um Fragen, die tatsächlich nicht zur Sache gehören. — Vert.: Haben Sie also dazu aufgefordert, jemand zu ermorden? — Zeuge: Mit gutem Gewissen kan ich diese Frage verneinen. — Vert.: Haben Sie bei den Kommunisten

eine militärpolizeiliche Abteilung

gebildet? — Der Zeuge lehnt zunächst die Antwort auf diese Frage ab, erklärt dann aber: Die militärpolizeiliche Abteilung ist nicht von mir ins Leben gerufen, es war eine Einrichtung der Kampfabteilung. — Vert.: Haben Sie nicht dazu aufgefordert, Druckereien zu überfallen und die Setzer zu zwingen, kommunistische Flugblätter herzustellen? — Zeuge: Nein, mir wird hier alles in die Schuhe geschoben, was von der Leitung gemacht ist. — Vert.: Haben Sie Befehle von Westarp, von Ledebour empfangen und weitergegeben? Sind Sie nicht mit einer Mappe umhergegangen, in welcher angeblich Todesurteile gewesen seien; sollten dadurch nicht die Kommunisten lediglich aufgereizt werden? — Zeuge: Nein. — Vert.: Haben Sie je den Befehl erhalten

Raubüberfälle zu unternehmen

oder den Fichtmann zu töten? — Zeuge: Nein. — Vert.: Haben Sie an solchen Unternehmungen teilgenommen? — Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage. (Diese Verweigerung erfolgt auch auf weitere Fragen: Ob der Zeuge Leute zu Raubzügen ausgerüstet habe, ob er sofort seinen Ober-Vertrauensmännern Mitteilung von solchen Räubereien gemacht hat und ihm sogar gestattet war, das geraubte Geld zu behalten, und ob er für seine kommunistische Tätigkeit Gehalt bekommen habe.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Groß-Berlin

Der Kampf gegen die Schundliteratur.

Immer wieder hört man Arbeitereltern klagen, daß ihre Söhne und Töchter schon während der Schulzeit und erst recht nach der Schulentlassung ein großes Interesse an allerlei zweifelhafter Schundliteratur haben, daß sie heimlich allerlei Schmöker- und wertlose, ihr gesundes Empfinden vergiftende Romane mit einem Feuereifer lesen, den sie bei ernster, bildender Literatur, soweit sie solche überhaupt zur Hand nehmen, nur zu oft vermissen lassen.

Da drängt sich wohl jedem Vater und jeder pflichtbewußten Mutter die Frage auf: Wie führen wir den Kampf gegen die Schundliteratur?

Eins ist klar: Verbieten oder andere Gewaltmaßregeln erzeugen — wie immer — so auch hier geradezu das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigen. Die schlechte Literatur und das Schmökern können nur durch wirklich gute, einwandfreie Lektüre erfolgreich bekämpft werden. Doch muß unsere Jugend auf gute Werke, auf wertvolle Literatur in geeigneter Weise hingewiesen werden.

Hier erscheint uns die vierzehntägig erscheinende Zeitschrift „Arbeiter-Jugend", die der „Verband der Arbeiterjugendvereine Deutschlands" herausgibt, in prächtiger Weise geeignet, den Arbeitereltern einen großen Teil ihrer Sorgen abzunehmen. Sie erscheint uns überhaupt als das beste Jugendblatt wie kein anderes berufen, in der Jugend Verständnis für edle Literatur zu wecken und zu pflegen, sie für all das Schöne und Unvergeßliche zu begeistern, was an kostbaren Schätzen tief im Strom unserer Dichtung und Literatur sowie unserer Wissenschaft schlummert.

Wollt Ihr, Arbeitereltern, diese Schätze heben und Eurer Jugend zugänglich machen, so abonniert für sie die „Arbeiter-Jugend"! (Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3). Wir können sie nicht warm genug empfehlen. sch—.

Für die Blinden.

Die Blinden der Blindenbeschäftigungsanstalt haben seit langem sich bemüht, einen Bekleidungszuschuß zu erhalten. Da sie nicht zu den städtischen Arbeitern gehören, erhalten sie für ihre Arbeit in der Blindenbeschäftigungsanstalt lediglich den verdienten Stücklohn, der dem an sehende Handwerker gezahlten Sätzen entspricht. Sie können von diesem Lohne allenfalls ihr Dasein fristen, sich aber keine Kleidung beschaffen. Unterstützungen aus Armen- oder Stiftungsmitteln müssen für den gedachten Zweck gleichfalls als unzureichend sich erweisen.

Der Magistrat hat daher beschlossen, Kleidung für die Blinden zu beschaffen und die Stadtverordnetenversammlung gebeten, zu beschließen, daß zur Beschaffung von Kleidung für die Blinden der Blindenbeschäftigungsanstalt, des Stuhlflecht- und des Klavierstimmkursus bis zur Höhe von 500 M. für die Person aufgewendet werden.

Der gerechte Steuerabzug.

Uns wird geschrieben:

Am 25. Juni wurden den bei den Spruchkammern des Oberversicherungsamtes beteiligten Arbeitnehmerbeisitzern 10 Proz. der 15 M. betragenden Diäten in Abzug gebracht, während die Arbeitgeberbeisitzer die volle Summe ausgezahlt erhielten. Bei der Beurteilung der einzelnen Streitfälle in den Sitzungen haben die Beisitzer beider Gruppen gleiche Pflichten, wo hingegen bei Auszahlung der noch mehr als niedrigen Diäten von gleichen Rechten keine Rede sein kann. Hat dies im Sinne des Gesetzgebers gelegen? Es ist ferner fraglich, ob bei einer derartig verschiedenartigen Behandlung Kollegen ein Amt als Arbeitnehmerbeisitzer annehmen werden und wenn sie dieses tun, ob das Urteil nicht durch die parteiische Behandlung beeinflußt wird. Für uns ist nicht die Frage zu entscheiden, ob das Gesetz für zwei Beisitzer einer Spruchkammer die 10 Proz. Abzüge fordert und für die zwei anderen nicht, sondern hier kommt es lediglich auf die moralische Wirkung des Geschilderten an.

Sonderbare „freiwillige" Mithilfe.

Eine Berliner Lokalkorrespondanz meldet:

Man schreibt uns: An dem Austritt der früheren Abgeordneten Riemer und Nagdan aus der Demokratischen Partei beteiligte sich auch ein Berliner Schuldirektor, der bei dieser Gelegenheit sein Stadtverordnetenmandat niederlegte und in einem Rundschreiben an seine Wähler, vor allem an die Mitglieder seines politischen Vereins, den er seit Jahrzehnten geleitet hatte, von den Gründen seines Entschlusses Mitteilung machte. Beim Ausschreiben der Kouverts haben ihm Schüler geholfen — natürlich völlig freiwillig und außerhalb des Unterrichts. — Jetzt denunziert der Demokratische Jugendverein den Direktor mit den Worten: „Sollte dieser Mißbrauch der Schüler zu unsauberen Parteizwecken (!) sich bewahrheiten, so ist schnellstes und schärfstes Vorgehen gegen den Direktor zu verlangen."

Den weiteren Erguß, der sich in Schimpfereien ergeht, ersparen wir unseren Lesern. Aus der Tatsache aber, daß die „freiwillige" Mithilfe der Schüler nicht dementiert, vielmehr bestätigt wird, leiten wir für das Kultusministerium die Pflicht her, einmal nach dem Rechten zu sehen. Es könnten nämlich noch des öfteren Fälle eintreten, in denen der jetzt zur Deutschen Volkspartei gehörende Herr Direktor die Mithilfe seiner Schüler — „natürlich völlig freiwillig und außerhalb des Unterrichts" in Anspruch nimmt.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Der Herr Rendant.

Beim Amtsgericht Schöneberg scheinen eigentümliche Begriffe über die Stellung der Hilfskräfte in der Verwaltung zu herrschen. Einige „höhere" Beamte, vornehmlich der Herr Rendant J., sind immer noch der Meinung, daß die Hilfskräfte Menschen zweiter Klasse sind. Als diese nämlich am 30. Juni um ¼2 Uhr ihr Gehalt verlangten, erklärte ihnen der genannte Herr: „Heute zahle ich nicht mehr, und wenn Sie sich auf den Kopf stellen." Alles Vorsprechen im Personal-Bureau hatte keinen Zweck. S. M. der Herr Rendant setzte seinen Willen durch, und die Angestellten wanderten ohne Geld heim — nur weil es Herrn J. gefiel. Uebrigens ereignete sich im Dezember v. J. bei Auszahlung der Teuerungszulage dasselbe.

Vielleicht macht mal ein einsichtsvoller Mensch dem Herrn Kappisten J. klar, daß es vorbei ist mit Drillerei der „unteren" Beamten usw. durch die „höheren".

Verloren hat ein Beitragseinkassierer des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes am 23. Juni in der Tiergartenstraße zwischen 12 bis 1 Uhr ein Buch mit Beitragsmarken. Da derselbe ersatzpflichtig ist, bittet er, die Marken im Bureau des Verbandes, Engelufer 15, Zimmer 48, oder bei Otto Treptow, N 31, Lortzingstr. 26, Quergeb. I, abzugeben.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung hatte am Mittwoch eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Für die Desinfektionsanstalt wurden 3298,05 M. und für die Volksgesundheitspflege insgesamt 15130,84 M. nachbewilligt. Die Kosten für die Versetzung des Parkhauses am Lietzensee nach der Waldschule haben sich um 80 000 M. erhöht. Der Annahme eines angefallenen Vereinsvermögens in Höhe von 60 000 Mark wird zugestimmt. Die vom Magistrat geforderte Summe in Höhe von 100 000 M. zur Errichtung und Vervollkommnung von Spiel- und Sportplätzen wird auf 300 000 M. erhöht. Dabei spricht unsere Fraktion den Wunsch aus, daß die Sportplätze in größerem Umfange wie bisher auch den Arbeiter-Sportvereinen zur Verfügung gestellt werden. Für das Ambulatorium für Hals-, Nasen- und Ohrenkranke werden 1100 M. nachbewilligt. Der Nachforderung für die Ausführung von Klein-Wohnungsleichtbauten wird ebenfalls zugestimmt. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Fertigstellung der Bauten aufs äußerste beschleunigt wird, damit wenigstens ein Teil der Wohnungen bis zum 1. Oktober d. Js. beziehbar ist.

Die Neuregelung der Besoldung der städtischen Beamten und Angestellten wird nach den Vorlagen des Ausschusses, wonach den Stadträten und den außerhalb der Besoldungsordnung stehenden Personen eine Zulage von 2000 M. bewilligt wird, zugestimmt. Ein Antrag unserer Fraktion, die endgültige Regelung der Gehälter der Stadträte der neuen Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin zu überlassen und bis 1. Oktober ein Provisorium zu schaffen, wurde abgelehnt. Ebenso ein Antrag der bürgerlichen Fraktion, welcher entsprechend dem Antrag des Magistrats, eine Zulage von 8000 M. forderte. Die Vorlage über das Mitbestimmungsrecht der städtischen Beamten und Dauerangestellten wird mit einigen Aenderungen, welche die Beamtenvertreter gewünscht haben, angenommen. Den Aenderungen der Ausführungsbestimmungen zur Besoldungsordnung wird ebenfalls zugestimmt. In bezug auf die Festsetzung des Gehalts für den Oberbürgermeister nahm die sozialdemokratische Fraktion den Standpunkt ein, daß eine weitere Steigerung nicht notwendig sei, weil das Gehalt des Oberbürgermeisters schon stark genug über die Gehälter der anderen Magistratsmitglieder herausgehoben sei. Für den Antrag stimmten nur noch die Unabhängigen. Er wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen und Demokraten abgelehnt. Die Vorlage über den Abschluß eines Manteltarifs mit den städtischen Arbeitern wird ohne Debatte angenommen.

Die Erwerbung eines 400 000 Mk. betragenden Anteils des Kreises Teltow an die „Gemeinnützige Baugesellschaft Berlin, Heerstraße", durch die Stadt Charlottenburg wird einem Ausschuß überwiesen.

Die Deputation für künstlerische Volksbildung und Volksunterhaltung hat für den Winter 1920/21 einen umfangreichen Plan vorgelegt.

Die Vorlage zur Errichtung einer Charlottenburger Akademie für soziale und praktische Medizin, deren Kosten auf ungefähr 70 000 M. veranschlagt sind, wird einem Ausschuß überwiesen.

Bei der Vorlage betreffend die Neuregelung der Besoldung der Leiter, Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen Schulen kommt es zu einer lebhaften Aussprache. Die Charlottenburger Lehrerschaft fühlt sich stark verletzt dadurch, daß die Amtszulage für Rektoren und Leiter 3750—4700 M. beträgt, während die Reichsbesoldungsordnung für Rektoren nur eine Amtszulage in Höhe von 1200 M. vorsieht. Genosse Rektor Blum vertritt mit Nachdruck den Standpunkt der Lehrer. Die Vorlage wird einem Ausschuß überwiesen.

Beratungsstelle für angehende Mütter. In dem städtischen Krankenhause für Geburtshilfe, Sophie-Charlotten-Straße 116, besteht eine unentgeltliche Beratungsstelle für angehende Mütter. Sie hat den Zweck, in allen einschlägigen gesundheitlichen und sozialen Fragen Aufklärung zu geben sowie die als krank erkannten Frauen zur Behandlung bei den zuständigen Stadt-, Kassen- oder Privatärzten zu veranlassen. Die Beratungen finden Mittwochs und Sonnabends von 2½ bis 3½ Uhr nachmittags statt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Straßen. Bis Montag Anmeldung für 500 Gramm Haferflocken (32 und 33), 250 Gramm Küchenmehl (34).

Gewerkschaftsbewegung

Plenarsitzung der Gewerkschaftskommission.

Am Donnerstag tagte im Gewerkschaftshause unter Leitung des in voriger Sitzung gewählten Vorsitzenden Sabath eine Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission.

Bekanntlich sind in letzter Zeit aus der Organisation der Angestellten einige Mitglieder ausgeschlossen worden. Zwei von diesen, die Vertreter der Gewerkschaftskommission gewesen waren, glaubten nun nach ihrem Ausschluß dieses Amt noch weiter ausführen zu können und waren erschienen. Die Versammlung forderte jedoch ihre Entfernung und erkannte die gleichfalls erschienenen neuen Vertreter der Organisation an.

Hierauf teilte der zweite Vorsitzende Volmershaus mit, daß am Dienstag, den 6. Juli, nachmittags im Lustgarten eine Demonstration stattfinden solle, die zur Arbeitslosenfrage und ihrer Lösung Stellung nehmen werde. Die Veranstaltung sei beschlossen in Gemeinschaft mit dem Arbeitslosenrat, den Betriebsrätezentralen und dem Ortskartell der Afa. Im Anschluß an diese Mitteilung ersucht Sabath eindringlich, bei dieser Veranstaltung alles zu vermeiden, was über den Rahmen der Demonstration hinausgeht, und auf etwaige Provokationen nicht einzugehen.

Der Ausschuß legte der Versammlung einen Antrag vor, wonach eine

Studienkommission nach Sowjetrußland

gesandt werden soll, um aus eigener Erfahrung Gewißheit über die russischen Zustände zu erhalten. Rusch befürwortet diesen Antrag. Er verweist darauf, daß gerade Rußland in Frage komme bei Auswanderung der deutschen Arbeiter. Weiter sei die Einfuhr wichtiger Produkte aus Rußland von Bedeutung. Wir haben das lebhafteste Interesse, mit Rußland wieder in Handelsverkehr zu treten. Die Sowjetregierung wünscht auch die Untersuchung der russischen Zustände durch deutsche Arbeiter.

Sabath betont, daß die Mittel, die vielleicht 100 000 M. betragen dürften, durch die Berliner Gewerkschaften aufgebracht werden müßten.

Reimann äußert sich sehr kritisch zu einigen Ausführungen von Rusch, besonders zu denen bezüglich der Auswanderung. Eine solche Studienkommission müßte mindestens ein halbes Jahr dort sein, und es würde daher nicht mit 100 000 M. abgetan sein. Redner ist nicht prinzipieller Gegner einer solchen Kommission, wünscht aber möglichste Vorsicht. Nach weiterer kurzer Debatte wurde der Antrag gegen 8 Stimmen angenommen; die Kommission soll aus drei Mitgliedern bestehen. Gewählt wurden Rusch, Metallarbeiter, Siegle, Holzarbeiter, Czerny, Buchbinder.

Die Versammlung trat dann ein in die Fortsetzung der

Besprechung der Ausschußverhandlungen mit den Betriebsrätezentralen.

In der Versammlung vom 21. Juni hatte Volmershaus berichtet, daß in der Frage der Erfassung der Betriebsräte grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsrätezentralen bestanden, daß durch die Verhandlungen so ziemlich alle Differenzpunkte bis auf die Frage der Finanzierung beseitigt seien, daß aber gerade in dieser Frage infolge der Unnachgiebigkeit der Rätezentrale in der Münzstraße die Einigungsbestrebungen zu scheitern drohen.

In dieser Versammlung berichtete nun Siegle über die weiteren Verhandlungen und legte im Namen des Ausschusses eine Resolution vor, in der das Plenum der Gewerkschaftskommission seine grundsätzliche Stellung in dieser Frage klarlegen soll, wie es die Räte auch getan haben. Die Entscheidung, die der Ausschuß vorlegt, spricht die Hoffnung aus, daß es möglich sein muß, eine weitere Verhandlung zu erreichen, um eine Einigung herbeizuführen. Präzis und scharf wird darin aber erklärt, daß die Finanzierung der Betriebsräte Sache der Gewerkschaften sei. Bei der Begründung der Resolution polemisiert Siegle gegen die Rede Müllers in der vorigen Versammlung und verweist darauf, daß früher in Gewerkschaftskreisen niemand daran gedacht habe, daß neben Gewerkschaften und politischer Partei noch eine selbständige Betriebsräteorganisation gebildet werden soll. Es sei zu bedauern, daß die Generalversammlung der Betriebsräte inzwischen einberufen sei und daß dort die bekannte Entschließung gefaßt wurde. Dadurch sei es nötig, daß auch die Gewerkschaften ihren grundsätzlichen Standpunkt bekunden. Die Betriebsrätegeneralversammlung könne nicht behaupten, daß sie die gesamte Berliner Arbeiterschaft vertrete. Anders sei es mit der Gewerkschaftskommission, der werde niemand bestreiten können, daß sie die ganze Berliner Arbeiterschaft vertritt.

Malzahn: Wenn die Betriebsräte unter den Einfluß der Gewerkschaften kommen, dann kommen sie auch unter den Einfluß der Arbeitsgemeinschaften. Die maßgebenden Körperschaften der Unabhängigen Partei sind für Selbständigkeit der Betriebsräte. Durch die vorgelegte Entscheidung des Ausschusses wird neuer Konfliktsstoff geschaffen, die weiteren Verhandlungen werden erschwert.

Reimann: Was Malzahn bezüglich der Vertreter der Unabhängigen sagte, war ein historischer Irrtum. Die Behauptung über den Reichswirtschaftsrat war übertrieben. Auch von seiten der Unabhängigen sind 8 Vertreter darin. Wenn wir die Betriebsräte schulen, dann besteht durchaus nicht die Gefahr, daß sie Instrumente der Arbeitsgemeinschaft werden. Wenn es nach dem Willen der Rätevertreter geht, bleiben den Gewerkschaften sehr minderwertige Arbeiten. Nehmen Sie den Gewerkschaften die Betriebsräte, dann brechen Sie ihnen das Rückgrat. Nach der letzten Generalversammlung der Betriebsräte glaube ich an eine Einigung nicht mehr. Bei den gegenwärtigen Zuständen und bei der jetzigen Zerrissenheit verlieren wir trotz unserer mehr als 1 Million Mitglieder in Berlin jeden Einfluß. (Lebhafter Beifall.)

Ziska: Die Kommission, die mit der Rätezentrale verhandelte, muß sich klar sein darüber, daß sie sich in Gegensatz zu den Richtlinien des Bundes zu stellen hatte.

Redner unterbreitet in der Finanzierungsfrage einen vermittelnden Vorschlag. Er macht dann dem Ausschuß den Vorwurf, er wolle die weiteren Verhandlungen und eine Einigung unterbinden, um nicht im Gegensatz zum Gewerkschaftsbund zu kommen. Nach Annahme eines Schlußantrages erhalten nochmals die vier Referenten das Wort.

Körpel als Vertreter der Afa erklärt, daß seine Organisation nur für ein Zusammenarbeiten ist, wenn nur freigewerkschaftliche Arbeiter in Frage kommen. Seine Organisation erkenne die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes an.

Reinknecht als Vertreter der Zentrale der S. P. erklärt, erst nach längerem Einwirken auf die Vertreter der Münzstraße waren diese dazu zu bringen, überhaupt mit der Gewerkschaftskommission in Verbindung zu treten. Hier bei uns erklären die Vertreter der Münzstraße, sie seien gewillt, uns entgegenzukommen, aber in einem Schreiben, das sie in das Reich hinausfliegen ließen, klingt es ganz anders. Die Art, wie die Vertreter der Münzstraße sich geben, kann man als ehrlich nicht bezeichnen.

Richard Müller als Vertreter der Rätezentrale Münz-
21 700 gesprochen.) Die Abstimmung über die Resolution des Ausschusses ergibt deren Annahme mit 78 Stimmen gegen 61.
straße erklärt die Angaben Reinknechts nicht als den Tatsachen entsprechend. Wir haben alles versucht, um zu einer Einigung zu kommen. Unser Kampf richtet sich gegen Legien, der die Betriebsräte zu Organen der Arbeitsgemeinschaft machen will. Im Reichswirtschaftsrat können unsere Vertreter doch nichts herausholen, sie geben ihm höchstens ein ihm nicht gebührendes Relief. Die Vertreter der Unabhängigen haben erklärt, daß sie

auf Grund der Leipziger Beschlüsse für die selbständige Räteorganisation sein müssen.

Die Resolution, welche der Ausschuß vorlegt, legt die Gewerkschaftskommission fest auf die Richtlinien des Gewerkschaftsbundes. (Auf den Zwischenruf Dißmann! sagt Redner: Ach, Dißmann! der ist mir ganz Wurst.)

Volmershaus als Vertreter des Ausschusses verweist darauf, daß, wenn den Wünschen der Münzstraße entsprochen würde, bald mehr als ein halbes Dutzend Rätezentralen vorhanden sein dürften. Also eine geradezu unerhörte Zersplitterung. Redner sagt, Reinknecht hatte recht mit seinem Hinweis auf unehrliches Verhalten der Vertreter der Rätezentrale in der Münzstraße und führt dafür einige Beispiele an. Wenn die Vertreter der Münzstraße vor einiger Zeit darauf verwiesen, daß 27 000 Betriebsräte hinter ihnen ständen, so hatte sich diese Zahl bald auf 17 000 reduziert. Jetzt habe ich erfahren, daß es ganze 7000 sein sollen. (Malzahn: Wir haben nicht von 27 000, sondern von

Hierauf wird der Ausschuß beauftragt, erneut mit den Vertretern der Münzstraße in Verbindung zu treten, demgegenüber erklärt Malzahn, daß, wenn nach dem Wortlaut der eben angenommenen Resolution verfahren wird, eine Einigung fast unmöglich erscheint.

In der Uniform-Lieferungs-Schneiderei.

fanden am 23. und 24. Juni d. J. in Erfurt zwischen dem Reichsverband der Uniformlieferungsfabrikanten und dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband Reichstarifvertragsverhandlungen statt. Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband hat die Bestimmungen über die Stundenlöhne am 1. Juni mit Ablauf zum 1. Juli d. J. gekündigt. Da die Stundenlöhne der Uniformlieferungsschneider wesentlich niedriger standen als in der Herrenmaßschneiderei, sollte der Versuch einer Annäherung an diese gemacht werden. Obgleich die Vertreter der Arbeiterorganisation an Hand einwandfreien Materials den Nachweis für die Notwendigkeit einer entsprechenden Erhöhung lieferten, glaubten die Herren Fabrikanten allen Ernstes einen Abbau der Löhne vornehmen zu können.

Nach siebenstündigen Verhandlungen machten die Herren Fabrikanten den Vorschlag, die Stundenlöhne um 10 Proz. zu erhöhen, wenn das Eisenbahnzentralamt bereit wäre, eine entsprechende Preiserhöhung für die Herstellung der Beamtenkleidung eintreten zu lassen.

Bei dem Vorstelligwerden vor dem Eisenbahnzentralamt erklärte jedoch der Dezernent, Herr Regierungsrat Tengelmann, daß eine Erhöhung der Preise sehr wahrscheinlich nicht eintreten könne; es sollten jedoch die Eisenbahndirektionen um ein Gutachten ersucht werden. Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband hat daraufhin das Reichsarbeitsministerium um seine Vermittlung angerufen.

Ueber eine Anzahl weiterer Differenzen, die sich seit April ergeben hatten, wurde eine Verständigung erzielt, und es kann das Resultat dieser Verhandlungen in nachstehenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Die bisherigen Stundenlöhne gelten noch so lange, bis das Reichsarbeitsministerium einen Spruch gefällt hat.
2. In Betrieben mit Teilarbeit erhalten die in Zeitlohn Beschäftigten einen um 10 Proz. höheren Stundenlohn, als für Akkordarbeiter festgesetzt ist.
3. In Kassel gelten ab 1. Juli die Stundenlöhne der 2. Lohnklasse der Herrenmaßschneider vom 1. April 1920 minus 10 Proz.
4. Für Arbeiten, die in die nächsten Nachbarorte des Sitzortes des Geschäfts vergeben werden, ist derselbe Lohn als am Sitzorte zu zahlen; für weiter entlegene Orte gilt der Lohnsatz der betreffenden Kreisstadt oder des in der Nähe gelegenen größeren Ortes, sofern am Orte selbst tariflich festgelegte Löhne nicht bestehen.
5. Das Recht auf Ferien hat jeder Beschäftigte, wenn er am Tage des Ferienantritts mindestens ½ Jahr im Betrieb beschäftigt ist.
6. In allen Fällen gilt der am 1. April 1920 abgeschlossene Tarif und müssen, soweit es noch nicht geschehen ist, von diesem Zeitpunkt ab die entstehenden Differenzen nachgezahlt werden.
7. Als Grundlage für den Verbrauch von Nähzutaten gilt der Leitfaden, der diesbezüglich in der Herrenmaßschneiderei Anwendung findet; die Ortsvertreter haben die Pflicht, an Hand dieses Leitfadens Feststellungen für die Lieferungsschneiderei zu machen.
8. Zur Feststellung des Textes der Lohnzahlungsbücher haben die Ortsvertreter entsprechende Vorschläge an die Zentralleitung einzureichen.
9. Zur Wahl eines unparteiischen Vorsitzenden für das Oberschiedsgericht machen die beiderseitigen Vertreter von Köln einen geeigneten Vorschlag.

Verbindlichkeitserklärung des Eisenhandelstarifes.

Der zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband, Sektion I, und der Ortsgruppe Berlin des Arbeitgeberverbandes des Eisen-, Eisenwaren-, Gußwaren-, Draht- und Drahtstifte-, Stahl-, Röhren-, Werkzeug- und Werkzeugmaschinenhandels abgeschlossene Tarifvertrag vom 30. April 1920 ist mit Wirkung vom 1. April 1920 für das Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden.

Die Organisation ersucht nunmehr alle Kollegen obiger Branchen, die noch nicht nach dem Tarif entlohnt werden, sich sofort an den Kollegen Kohlschmidt, Engelufer 14/15, Zimmer 32, zu wenden, damit die Zahlung veranlaßt werden kann.

Hafenarbeiterausstand in Königsberg.

Einer Meldung aus Königsberg i. Pr. zufolge sind die dortigen Hafenarbeiter wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Deutscher Werkmeister-Verband. Elementen- und Batterie-Industrie. Versammlung der technischen und kaufmännischen Angestellten am Dienstag, den 6. Juli, nachmittags 6½ Uhr, bei Brandenburg, Stralauer Straße 3.

Wirtschaft

Fester Stand der deutschen Valuta.

Es kosteten am	14. 5.	26. 5.	5. 6.	19. 6.	1. 7.
100 holländ. Gulden	1798 M.	1201 M.	1471 M.	1381 M.	1348 M.
100 Schweizer Frank.	871 "	625 "	725 "	700 "	696 "
100 franz. Franken	323 "	290 "	310 "	307 "	313 "
100 ital. Lire	— "	195 "	230 "	230 "	231 "
100 schwedische Kron.	1036 "	720 "	899 "	843 "	836 "
100 dänische Kronen	819 "	545 "	685 "	643 "	610 "
1 englisches Pfund	189 "	135 "	156 "	158 "	149 "
1 amerik. Dollar	49 "	34 "	40 "	38 "	38 "
100 dt.-österreich. Kr. abgestempelt	— "	— "	— "	26 "	26,34 "

Vergleicht man die beiden letzten Zahlenreihen, so ergibt sich erfreulicherweise nur eine geringe Differenz. Diese Stabilisierung ist erreicht worden durch das „Fettpolster", wie Staatssekretär Hirsch es genannt hat, d. h. durch Ansammlung von Auslandswechseln bei der Devisenbeschaffungsstelle der Reichsbank. Diese ist in der Lage, aus ihrem Vorrat soviele Devisen an den Markt abzugeben oder neue aufzunehmen, als notwendig ist, um den Kurs zu halten und erhebliche Schwankungen zu verhüten.

Die bayerische Landwirtschaft gegen Erhöhung der Lebensmittelpreise.

Die bayerische Landwirtschaft hat sich im Einvernehmen mit dem bayerischen Landwirtschaftsministerium auf folgende Richtlinien geeinigt: „Unter keinen Umständen eine Erhöhung der Brot- und Mehlpreise. Wir müssen mit den Getreidepreisen unter den Vorschlägen des Reichsernährungsministeriums bleiben. Wir sind bereit, bei dem Kartoffelpreise 10 Mark unter den Preis des Reichsernährungsministers herunterzugehen. Wir bitten die bayerische Regierung, beim Reich dahin zu wirken, daß der ursprünglich von Bayern vorgeschlagene Höchstsatz von 350 Mark für den Zentner Lebendgewicht Fleisch für das ganze Reich verbindlich gemacht wird. Wir könnten auch bei Milch und Fett um 30 bis 40 Pfennig heruntergehen; alles vorausgesetzt, daß keine Lohnerhöhungen kommen."

Vom Berliner Produktenmarkt. Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktenbörse am 1. Juli: Hafer per 1000 Kilogramm loko ab Bahn 2520 M., ab Bahn auf Abladung 2380—2380 M. ab Station. Tendenz fest. — Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt (alles für 50 Kilogramm ab Station): Erbsen, Viktoria-Erbsen 135 bis 170 M., gelbe und grüne Erbsen 110—140 M., Peluschken 85 bis 95 M., Ackerbohnen 95—105 M., Wicken 70—80 M., Lupinen, blaue 45—55 M., gelbe 50—65 M., Serradelle 40—50 M., Wiesenheu, lose, altes, 27—29 M., neues 18—21 M., Stroh, drahtgepreßt, 9½—10½ M., gebündelt 8—9 M., Trockenschnitzel 50—60 M., Patent Steffen 90—95 M.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.

Sonntag, den 11. Juli, vorm. 9 Uhr, in der Schulaula, Marktstraße 10/11, in Lichtenberg (nahe Bahnhof Stralau-Rummelsburg),

außerordentliche Kreiskonferenz.

Tagesordnung: 1. Die politische Lage und die Sozialdemokratie. Referent: Reichstagsabgeordneter Rudolf Wissell. 2. Stellungnahme zum neuen Organisationsstatut für Groß-Berlin.

Der Entwurf des neuen Statuts wird den Ortsvereinen in den nächsten Tagen zugesandt. Die Ortsvereine sind berechtigt, auf je 100 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Restzahlen über 50 gelten als volle Hundert.

Treptow-Baumschulenweg. Für die Dampferfahrt am Sonntag nach Potsdam-Kedlitz können noch Billetts beim Genossen Scheibel, Bouchéstraße 33 in Empfang genommen werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

In der Urania, Taubenstraße, gelangt der Vortrag „Die Insel Rügen" am Sonntag, Mittwoch und am Freitag der Vortrag „Von der Zugspitze zum Watzmann" zur Darstellung. Am Montag wird Herr Professor Franz Goerke einen Vortrag „Aegypten und der Nil" und am Dienstag seinen Vortrag „Der Mensch und die Natur" halten. Am Donnerstag und Sonnabend wiederholt Frl. Kottmann noch einmal ihren Vortrag „Im Schwarzwald". Außerdem findet am Sonntag eine Wiederholung des Vortrags „In den Bergen Tirols" und am Sonnabend des Vortrags „Die Insel Rügen" zu kleinen Preisen statt. — **Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Bezirk 3, Süd-Ost.** Gemeinsamer Zahlabend und geselliges Beisammensein am Montag, 7 Uhr, in Schuhmachers Festsälen, Skalitzer Str. 126.

Sport.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", 1. Abt. 4. Juli, früh 5 Uhr: Rüdersdorf, Kalkberge; nachm. 1 Uhr: Hirschgarten, Wilhelmshof.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Film-Palast
Kgst. 4114. Koppenstr. 29.
Vom 2. bis 5. Juli 1920:
Harakiri.
Der Roman einer Japanerin in 6 Akten mit Lil Dagover.
Gold.
Der Menschheit Fluch. Drama in 5 Akten. Ferner:
Bobby Flip.

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 4782). Kurze Str. 18 (Alex-Pl.).

Verkäufe

Sandlig, nahe Bahnhof, Quadratrute 30 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Stanwillestraße 11. Fernsprecher: Steglitz 2294.

Malermaterial, Wagen, Leitern, Staffeln usw. verkauft Dees, Lützowstraße 105 III. 31/5

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat. Wagner, Cöpenickerstraße 71.

Jackettanzüge auch für große, schlanke Figuren, Frack-, Smoking-, Gehrockanzüge, einzelne Fracks, Smokings, prima Stoffe, prima Zutaten, Friedensware, Hosen. Kleiderbühnen verkauft billig wegen Geschäftsaufgabe Prinzenstraße 79. 31/1*

Nähmaschinen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 30. 31/4*

Aufgepaßt! Erstklassige Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Cutawayanzüge, Marengopaletots, Kammgarnhosen, alles feinste Maßarbeit, verkauft spottbillig Luft, Reichenberger Straße 18, vorn I. Direkt am Kottbuser Tor. 1550*

Kluge Eltern unterrichten sich in Lohmanns Schrift „Die Arbeit im Elternbeirat", (1,80 Mark) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3. 1838

300 Mark und mehr sparen Sie beim Kauf von Jackettanzügen, Cutaways, Paletots, Kostümen, Mänteln. Sonderangebot: Pelzwaren aller Art, sehr auffallend billig, im Leihhaus Moritzplatz 58a.

Nervenkranke sollen vor Konsultation des Arztes lesen Dr. Hirschlaffs „Gesundheitspflege des Nervensystems" (1,45 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Gute Auskunft über die „verdolchte Front" erhält man in der Schrift von Heinig „Die große Ausrede" oder Kuttner, „Die erdolchte Front" (je 2,40 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Für die Reise ein gutes Buch: Blos, Der Prinzipienreiter; Kautsky, Der Pariser Garten; Drezang, Dackel, je 5,40. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2. 1832

Verhütung der Schwangerschaft und Verhütung von Frauenleiden, von Dr. Fadel (1,45) Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2. 1838

Kurpfuscher sollte man bei Geschlechtskrankheiten nicht aufsuchen. Man lese Dr. Geberts „Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten" (1,45 Mk.). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2. 1838

Geschäftsverkäufe

Eckkeller umständehalber sofort verkäuflich Lichtenberg, Scharnweberstraße 47.

Fahrräder

Fahrradankauf Kraus, Große Frankfurterstraße 52. 48/6*

Naturgummi, Fahrradmäntel 85 Mark, Luftschläuche 25 Mark, Schlauchreifen 150 Mark, Drahtreifen 100 Mark, Fahrräder 150 Mark. Kraus, Gr. Frankfurterstraße 52. 48/7

Damenfahrräder, Herrenfahrräder, 350, Motorfahrrad, 1500, Fahrradgummis, Zubehör preiswert. Kämmerei, Große Frankfurterstraße 14, Hof.

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Aham, Münzstraße 16. 189R

Einzelspiele Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 156. 1868

Sterling-Pianos, neue, gute gespielte wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 75R*

Konzertharmonium, Salonharmonium mit Spielapparat, auch ohne Notenkenntnisse spielbar, 3800.—, kleines 275.—, verkauft Berger, Oranienstr. 156.

Konzertpiano, elegantes schwarzes 7500.—, Nußbaumpiano 6300.—, Klavier 1800.— verkauft Berger, Oranienstr. 156.

Unterricht

Mustergültiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. „Postlagerkarte 193" Briefpostamt C. 2. *

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse, Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 330.

Kaufgesuche

Platinabfälle! Zahngebisse! Zahn bis M. 75.—! Goldsachen! Silbersachen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Kupfer! Kakao! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Weißmetall! Stanniolpapier! Zink! Blei! Glühstrumpfasche M. 180.—, höchstzahlend! Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alexander 4240). 1462

Armeepistolen kauft zu höchsten Preisen. Kirstein, Lindenstr. 50.

Platinabfälle, Zahngebisse, Goldbruch, Silberbruch, sämtliche Metalle kauft Chausseestraße 110, vorn I. Portal (Invalidenstraße). 175R*

Entlassungssachen, Militärstiefel (Preisangebote). Strüby, Bardelebenstraße 3. 48/8*

Spiralbohrer kauft Lehmann, Soldinerstraße 92 (Prinzenallee). 1656*

Schnellstahl-Bruch, Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Smilius, Prinzenstr. 13, Hof I.

Verschiedenes

Frauenleiden aller Art erfolgreiche Behandlung, unentgeltliche und diskrete Untersuchung. Bertalot, Chausseestraße 11. 178K

„Heilmittelversand" für Mensch und Tier. Dr. med. G. Wittkowski, G. m. b. H., Berlin-Schöneberg, Apostel-Paulus-Straße 12. 171*

Damm, Detektive, Norden 7213, Invalidenstr. 38. Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Bearbeitung. 174R*

Nebenverdienst bis 1000 Mark monatlich leicht zu Hause ohne Vorkenntnisse. Näheres auf briefliche Anfrage durch Webrel u. Co., G. m. b. H., Lichterfelde, Postfach 220. 100/17*

Schwindsüchtige machen wir auf Dr. Fadels Schrift (1,45 M.) aufmerksam. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Stotterer können Heilung erhoffen. Verlangen Sie Jordans Broschüre hierüber (1,45 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters von Dr. G. Munter (1,45 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.

Krankheiten des Ohres, der Nase, des Rachens von Dr. Schwerin (1,45 Mark). Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 2.